

■ GEWERKSCHAFTEN SOLLEN ENTSCHEIDEND GESCHWÄCHT WERDEN

Italien – Flächentarif auf der Kippe

Während die Berichterstattung der hiesigen bürgerliche Presse über die italienische Politik hauptsächlich die sexuellen Eskapaden des alternden Ministerpräsidenten Berlusconi zum Gegenstand hat, vollzieht sich dort eine sehr viel bedeutendere Entwicklung, die zum Ziel hat, die Stellung der Gewerkschaften in Betrieb und Gesellschaft entscheidend zu schwächen.

FIAT greift an

Speerspitze dieser Angriffe ist der FIAT-Konzern mit dem Vorsitzenden Sergio Marchionne. Nachdem es ihm mit Unterstützung rechter Gewerkschaftsverbände gelungen war, im süditalienischen Pomigliano den nationalen Tarifvertrag außer Kraft zu setzen (siehe Arbeiterpolitik , 4/2010), holte er im Turiner Stammwerk Mirafiori zum nächsten Schlag aus. Dieses Werk sollte als Joint-Venture mit Chrysler fortgeführt werden, und Marchionne versprach eine Milliarden-Investition, wenn die Arbeiter auch hier einer Aushebelung des Tarifvertrags zustimmen. Der Inhalt des von ihm vorgeschlagenen Abkommens entsprach inhaltlich weitgehend dem Abkommen, das auch in Pomigliano durchgesetzt wurde: Größere Flexibilität, Anordnung von

Überstunden ohne Zustimmung der Gewerkschaften, Verkürzung der Pausen, längere Schichten, Einschränkung der Lohnfortzahlung bei Krankheit und des Streikrechts. Um dies zu ermöglichen, kündigte Marchionne an, dass das neue Unternehmen nicht Mitglied im Industriellenverband Confindustria werden würde. Dieses Vorgehen kam für Viele überraschend. Sowohl bei den zur Zusammenarbeit bereiten Gewerkschaften als auch bei der Confindustria gab es anfangs Vorbehalte gegen diese allzu forsche Linie. Der Ausstieg aus dem Tarifvertrag wurde von Vielen als vertretbare Lösung für einen süditalienischen, krisengeschüttelten Betrieb angesehen, aber nicht für das Turiner Werk. Doch gelang es Marchionne, diese Widerstände zu



überwinden, und nach einigem Zögern stimmten die vier rechten Gewerkschaften einem Abkommen zu.¹

Gleichzeitig kündigte Marchionne an, dass bei den nächsten Wahlen zu den betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen (einem Zwischending zwischen unseren Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten) nur noch solche Gewerkschaften kandidieren dürften, die diesem Abkommen zugestimmt haben. Dies richtet sich vor allem gegen die linke Metallergewerkschaft FIOM, die diesen Ausverkauf der gewerkschaftlichen Rechte sowohl in Pomigliano als auch in Mirafiori entschieden ablehnt. Aufgabe der betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen ist es, die Einhaltung der Tarifverträge zu überwachen und für betriebliche Belange eigene Tarifverträge abzuschließen. Den Ausschluss der FIOM von den betrieblichen Wahlen glaubt Marchionne damit begründen zu können, dass diese Wahlen keine gesetzliche Grundlage haben, sondern auf einem dreiseitigen Abkommen zwischen Regierung, Industriellenverband und den konföderierten Gewerkschaften (CGIL, CISL und UIL) beruhen. Da das Turiner Werk zukünftig aber nicht mehr Mitglied der Confindustria ist, sei es an dieses Abkommen nicht gebunden. Die Folge wäre, dass bei den Wahlen keine Opposition gegen das Abkommen kandidieren könnte.

Wie in Pomigliano wollte Marchionne auch in Turin die Zustimmung der Beschäftigten zu diesem Abkommen. Allerdings wurde die Latte hierbei niedriger gelegt als in Pomigliano. Sollten dort mindestens siebzig Prozent mit »Ja« stimmen, gab sich die Konzernführung in Turin mit 51 Prozent zufrieden. Es wurde daher eine Abstimmung im Werk eingeleitet. FIOM und eine kleinere im Werk vertretene Basisgewerkschaft forderten auf, hierbei mit »Nein« zu stimmen. Die anderen Gewerkschaften und die Arbeitgeber betrieben eine aufwändige Kampagne für eine Zustimmung zum Abkommen. Immer wieder drohte Marchionne damit, sich aus Italien ganz zurückzuziehen, falls das Abkommen abgelehnt würde. Die FIOM wurde beschuldigt an veralteten klassenkämpferischen Prinzipien festzuhalten und damit die Zukunft des FIAT-Werkes in Turin, ja der gesamten italienischen Industrie in Frage zu stellen. Unterstützung erhielt er aus der Politik und von bürgerlichen Medien.

Das bürgerliche Lager ist geschlossen

Ministerpräsident Berlusconi war sich hier völlig einig mit seinem schärfsten Kritiker aus dem bürgerlichen Lager, Carlo De Benedetti, dem Herausgeber von *La Repubblica* und *l'Espresso*. Auch die Confindustria unterstützte das Vorgehen Marchionnes, obwohl es mit einem Austritt aus dem Verband verbunden war. Die Vertreter des industriellen Großkapitals wie der FIAT-Clan oder De Benedetti setzten in der Vergangenheit immer auf Verhandlungen mit den Gewerkschaften und wollten davon auch die ehemals der PCI nahestehende CGIL nicht ausschließen. Durch Einbindung der Gewerkschaften konnten unter Mitte-Links-Regierungen in den letzten zwanzig Jahren einige Maßnahmen zum Sozialabbau durchgesetzt werden, ohne dass es dagegen zu Massenprotesten kam. Das war ein wichtiger Unterschied zum Lager Berlusconis, dem eher die Kleinindustriellen, Handwerker und Händler angehören, die einen Kompromiss mit den Gewerkschaften nicht für nötig halten. Dass diese Teile des Kapitals nun ebenfalls auf Konfrontation mit der FIOM und damit teilweise auch mit dem Dachverband CGIL setzen, ist Ausdruck der sinkenden Konkurrenzfähigkeit des italienischen Kapitals auf dem Weltmarkt. Um hier eine bessere Position zu erlangen, sind für sie Kompromisse wie in der Vergangenheit nicht mehr vertretbar.

Die Abstimmung

Vom 12. bis 14. Januar wurden die FIAT-Beschäftigten in Turin zu einem Referendum aufgerufen, um über das Abkommen abzustimmen. Die Vertreter des »Ja« gingen angesichts der Drohung Marchionnes und der breiten Zustimmung in den Medien von einem überwältigenden Sieg aus. Etwa achtzig Prozent Ja-Stimmen hatten sie prognostiziert. Das Ergebnis muss für sie ziemlich enttäuschend gewesen sein: Lediglich 54 Prozent stimmten für das Abkommen und 46 Prozent lehnten es ab. In den Werkshallen, wo die Beschäftigten von den Nachteilen des Abkommens besonders betroffen sind, gab es sogar mehr Nein- als Ja-Stimmen. Damit konnten sich die FIAT-Führung und die mit ihr verbündeten Gewerkschaften zwar knapp durchsetzen, angesichts der massiven Erpressung und der Hetzkampagne in den Medien kann die FIOM dieses Ergebnis allerdings als moralischen Sieg werten. Dies vor allem auch angesichts der Tatsache, dass die FIOM und die Basisgewerkschaft bei den letzten Wahlen zur betrieblichen Gewerkschaftsvertretung im Turiner Werk zusammen nur etwa dreißig Prozent der Stimmen erhalten hatte. Vertreter der FIOM und der radikalen Linken werteten das Ergebnis als Zeichen der Hoffnung und sie äußerten die Erwartung, auf dieser Basis wirksamere Aktionen beginnen zu können.

Wie weiter?

Das Beispiel FIAT macht mittlerweile auch über den Konzern hinaus Schule. In vielen Betrieben gibt es Versuche, aus dem nationalen Tarifvertrag auszusteigen. Der Industriellenverband hat seinen Mitgliedsfirmen mittlerweile diese Möglichkeit eingeräumt. Und die Regierung plant eine Reform des »Arbeiterstatuts«, das die Rechte der Arbeiter/innen regelt und u.a. auch die allgemeine Gültigkeit des nationalen Tarifvertrags vorsieht.

Für den 28. Januar rief die FIOM zu einem Generalstreik in der Metallindustrie auf, um gegen das Abkommen bei FIAT und gegen die Erosion des Flächentarifs zu protestieren. Bereits Anfang Dezember 2010 gab es eine zentrale Demonstration in Rom. Beide Aktionen fanden eine große Unterstützung. Allerdings haben derartige Aktionen einen stark rituellen Charakter und angesichts der geringen Auslastung in vielen italienischen Betrieben – vor allem auch bei FIAT – ist die ökonomischen Wirkung solcher Streiks gering. Mit gewerkschaftlichen Mitteln ist eine Gegenwehr so kaum möglich. Wichtig wäre daher eine Politisierung dieses Konflikts. Bereits bei der Demonstration im Dezember wurde von vielen Teilnehmern an die Adresse des Dachverbandes CGIL die Forderung nach einem branchenübergreifenden Generalstreik gestellt. Obwohl eigentlich klar sein dürfte, dass die Angriffe auf den Tarifvertrag auch andere Branchen betreffen werden, hat keine andere Einzelgewerkschaft der CGIL den Aktionstag der FIOM praktisch unterstützt. Lediglich die Basisgewerkschaften haben ebenfalls zu Streiks aufgerufen und mit Studentenorganisationen eigene Demonstrationen organisiert. Entscheidend wird aber sein, ob es der gewerkschaftlichen und politischen Linken gelingt, den Widerstand über die FIOM und den Metallsektor hinaus auszuweiten. Die Forderungen an die CGIL-Führung nach einem Generalstreik werden immer dringender vorgetragen, und es gibt mittlerweile dort auch Stimmen, die dem Druck nachzugeben scheinen. ■

¹ Folgende Gewerkschaften stimmten dem Abkommen zu: Die FIM, die Metallgewerkschaft der ehemals christdemokratischen CISL, die früher der sozialistischen Partei nahestehende UILM, die FIAT-Betriebsgewerkschaft FIMSIC und die UGL, eine Gewerkschaft, die auf eine neofaschistische Tradition zurückblickt.